

Der Skandal um das Wiener U-Bahn-Baukartell

Emo Gotsbachner

Durch einen Hinweis seiner Ex-Geliebten an die Finanzbehörden gerät 1996 der Eigentümer der „Schwechater Baugesellschaft“ (SBG) in den Verdacht illegaler Geschäftspraktiken, ein Jahr später beginnt sich auch die Korneuburger Staatsanwaltschaft für dabei zutage kommende strafrechtliche Tatbestände zu interessieren. Im Februar 1998 wird dann der Geschäftsführer der SBG verhaftet, die Ermittler hatten Indizienbelege für Bieterabsprachen im großen Stil, überhöhte Preise, Scheinrechnungen, Schwarzgeldzahlungen und Veruntreuungen gefunden. Von der SBG aus rollen die Korneuburger Ermittler dann beinahe die gesamte Baubranche auf: Ende April 1998 werden bei über 80 Baufirmen - darunter auch etliche namhafte Großkonzerne - Hausdurchsuchungen durchgeführt. Rund 200 Fahnder der Wirtschaftspolizei beschlagnahmen 1800 Aktenordner mit Unterlagen. Unter anderem werden auch Protokolle mutmaßlicher Bieterabsprachen sichergestellt (DER STANDARD, 30. April 1998 und 18. Mai 1999). Damit kommt eine Affäre vor die Untersuchungsbehörden, die schon lange die Gerüchtebörse angeheizt hatte. Etwa hatte das Preisprüfungsdezernat der Stadt Wien 1991 in seinem "Bericht zur Vergabe der U6/Nord" wörtlich geschrieben, dass es "ungute Vorgangsweisen der als Wiener Baumafia bezeichneten Firmen" gegeben habe und dass versucht worden sei, Preisprüfer einzuschüchtern. Die daraufhin angestrebten Untersuchungen des Kontrollamtes hatten das Ausschreibungsverfahren allerdings als korrekt befunden, wie deren Bericht vom März 1992 vermerkte (In der vorliegenden TV-Diskussion bezieht sich der Moderator eingangs darauf).

Am 6. April 1998 hält der Grüne Gemeinderatsabgeordnete Peter Pilz seine erste Pressekonferenz ab, worin er ein „illegales Baukartell“ und den „längsten und größten Betrugsfall der Republik Österreich“ ausmacht. Er verwendet dabei Unterlagen aus dem laufenden Korneuburger Verfahren gegen die SBG, vor allem ein Besprechungsprotokoll von Vertretern prominenter Baufirmen, worin es um den Umbau des Wiener Europaplatzes geht: Dort

„(...) steht, welche Firma mitbietet, welche 1., 2. und so weiter wird. Darunter wird dann angeführt: Die Firmen „L., H. und S. werden auf später vertröstet“. Und daß der „Firma S. die Belagsarbeit A22 zugesagt wird“. Diese festgelegte Reihung findet sich auch im Angebotsergebnis – mit einem Unterschied: An die Spitze hat sich eine deutsche Firma gesetzt. Sie war mit einem Angebot von 66 Millionen Schilling um 35 Prozent billiger als die nachfolgenden Firmen, deren Angebote zwischen 89 und 93 Millionen Schilling lagen. Für Pilz ist das der Beweis, daß vom Kartell unabhängige Firmen billiger bauten. Weiters steht auf dem Zettel: „Die Arbeiten werden für 1993 angerechnet.“ Daraus schließt Pilz, daß Buch geführt werde, welche Firma zu welchen Aufträgen komme. Er legte dazu auch eine Auflistung vor, auf denen 25 Baufirmen und dann die Beträge aufgeführt sind.(...) Die Firmen, die nicht zum Zug kommen, bekämen Abschlagszahlungen, für die fingierte Rechnungen über nicht erbrachte Leistungen gelegt würden.“ (DER STANDARD, 07. April 1998)

Pilz macht sich damit (zusammen mit dem grünen Kontrollausschussmitglied Günther Kenesei) zum politischen Katalysator eines bereits laufenden Verfahrens, er legt im Laufe des Jahres in regelmäßigen Abständen immer wieder neue Unterlagen vor oder präsentiert Zeugen zu einzelnen Vorfällen. Die wohltdosierte Lancierung von Untersuchungsmaterial mittels Pressekonferenzen, allein in den folgenden 9 Wochen bis Mitte Juni sind es 12, hält über die

mediale Berichterstattung die öffentliche Debatte am Köcheln,¹ in einer Situation, wo leitende Ermittler zwar immer wieder erklären, dass es eine Fülle solcher kleinerer Hinweise für Machinationen, Bieterabsprachen und andere Unregelmäßigkeiten gäbe, aber ein lückenloser Nachweis eines geheimen Baukartells praktisch nicht zu führen sei.

Die gemeindenahere Baufirma Teerag-Asdag bringt Ende April/Mai 1998 eine letztlich 100-Millionen Schilling (7 Mio. €) schwere Zivilklage gegen Pilz wegen ‚Kreditschädigung‘ ein und droht ihm so mit dem finanziellen Ruin, da der künstlich hoch angesetzte Streitwert ebensolche Prozesskosten mit sich bringt. Pilz steht praktisch während der gesamten Affäre unter dieser fatalen Drohung, sogar noch nach einzelnen Zwischenerfolgen wie detaillierten Enthüllungen und 14 Schuldsprüchen im Gerichtsurteil vom 22.8.1998 zur SBG, dem Beginn von Voruntersuchungen gegen 30 Baumanager, und der Aufhebung einer Einstweiligen Verfügung gegen Pilz Anfang 1999. Im Juni 1999 wird diese jedoch durch einen Entscheid des Obersten Gerichtshofes wieder kassiert und Pilz zu behaupten verboten, dass die Firma Teerag-Asdag „Zentrum eines geheimen und illegalen Baukartells“ sei. Pilz reagiert auf diesen Versuch, ihn, wie er sagt, „mundtot zu machen“ mit öffentlichen Lesungen aus einem (noch vorläufigen) städtischen Kontrollamtsbericht sowie im August 1999 mit der Veröffentlichung seines Buches „Das Kartell“,² und riskiert damit empfindliche Beugestrafen. Erst Mitte März 2000, zu Beginn des Zivilprozesses gegen Pilz, welcher mittlerweile wieder Nationalrat der Grünen geworden ist, wird der Streitwert auf 500.000 Schilling (32.000 €) reduziert und die Klage dadurch zunächst entschärft. Vor der nächsten Prozessrunde Ende August erhöht die Teerag-Asdag ihre Schadenersatzforderung per Klagsausdehnung wieder auf 5 Mio. Schilling, scheitert durch ihre Verurteilung nach dem Kartellgesetz im Jänner 2001 damit aber endgültig.

Inzwischen, am 22. August 2000 wird schließlich Anklage gegen 13 Baumanager im Wiener Bauskandal wegen Betrugs und Verstößen gegen das Kartellrecht bei Straßenbauaufträgen zwischen 1991 und 1997 erhoben, die Hauptverhandlung findet im Jänner 2001 statt. In dieser erklärt etwa ein Baumanager, es „habe etwa ‚alle drei, vier Wochen‘ Zusammenkünfte gegeben, man habe besprochen, ‚wie man ein Baulos vernünftig aufteilen kann‘. Die Vorbringen der einzelnen Unternehmen seien ‚Wünsche‘ gewesen, die respektiert worden seien.“ (DER STANDARD, 24. Jänner 2001). Überraschung verursacht dann allerdings

¹ Diese Vorgangsweise bringt Pilz schon sehr bald den Vorwurf aus der Stadtregierung ein: „Das ist nur Wischiwaschi wie bei all Deinen Pressekonferenzen“, wollte Bürgermeister Michael Häupl die „Belege“, die der Grüne Peter Pilz für das Baukartell vorgelegt hat, nicht ernst nehmen. SPÖ-Gemeinderat Godwin Schuster assistierte: „Du willst jede Woche ein anderes Baukartellerl aufzeigen. Gib Deine Unterlagen auf einmal her, sonst machst Du Dich mitschuldig.“ (DER STANDARD, 29. April 1998)

Noch eineinhalb Jahre später, nachdem Pilz sogar schon ein Buch über „Das Kartell“ verfasst hatte, muss er sich von der linksliberalen Tageszeitung „Standard“, welche seine Aufdeckungen durch ausführliche Berichterstattung unterstützt hatte, den Vorwurf gefallen lassen, einen schlüssigen Beweis schuldig geblieben zu sein.

DER STANDARD, 28. August 1999 *Pilz und das Kartell: "Ich bleibe dabei"*

Wien - "Ich darf nicht mehr behaupten, die Baufirma Teerag Asdag seit Teil eines illegalen Baukartells" - der Oberste Gerichtshof hat Peter Pilz diesen einen Satz verboten. Deswegen hat sich der Wiener Grün-Gemeinderat entschlossen, gleich ein ganzes Buch über mutmaßliche Betrügereien in der Baubranche zu schreiben: Das Kartell soll beweisen, was Pilz auch dort wieder explizit anführt: "Ich bleibe dabei."

Die Belege, die Pilz dafür auf 176 Seiten anführt, sind indes längst bekannt: Er fasst Zeugenaussagen, Kontrollamts- und Medienbericht sowie Unterlagen aus angeblichen Kartellsitzungen zusammen.(...) Trotz aller Unterstützung: Pilz bleibt (entgegen allen Ansagen) schuldig, was auch heimische Ermittler seit Jahren nicht zusammenbringen: Einen klaren Nachweis für ein Kartell, das vorsätzlich Auftraggeber betrügt. Also alles in allem nichts Neues. Und Pilz muss sich wohl zurecht den ersten Satz seines Buchvorwortes vorhalten lassen: "Wieso kommen Sie jetzt damit?" (chr)

² Peter Pilz: Das Kartell (Wien: Czernin 1999)

gleich am nächsten Prozesstag das Baugutachten des Wiener TU-Professors Wolfgang Oberndorfer, welcher errechnet, dass die Preise der beanstandeten Straßenbaulose nicht überhöht gewesen wären und die am Baukartell beteiligten Firmen keinen überdurchschnittlichen Gewinn daraus gezogen hätten. Damit fällt der strafrechtlich relevante Betrugsvorwurf, die Baumanager erwarten ab da nur noch kleinere Strafen nach dem Kartellrecht. Obwohl ihnen die meisten Tatbestände in der Causa, die Preisabsprachen, das Ausstellen von Scheinrechnungen, die Abschlagszahlungen an vertröstete Mitbieter etc., nachgewiesen werden konnten, wurden sie schließlich Ende Mai 2001 nur zu bedingten Haftstrafen zwischen 5 und 9 Monaten sowie unbedingten Geldstrafen bis zu 300.000 Schilling (22.000 €) verurteilt, da kein Schaden entstanden war. Die Baufirmen bekamen Bußen zwischen 400.000 und 700.000 Schilling (29.000 – 51.000€) auferlegt.

Die gegenständliche TV-Debatte vom 14.10.1998, welche ich hier analysiere, stammt aus der ‚heißen‘ ersten Phase des Skandals. Ihr ging am 1. Oktober 1998 eine Sperre für die 15 führenden Baufirmen aus dem Baukataster der Gemeinde Wien (beinhaltet alle Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben können) voraus, die später - Anfang November - wieder aufgehoben wurde. Aber der Zeitpunkt war insofern kritisch und für Pilz günstig, als die Vorwürfe der Bieterabsprachen um den Europaplatz, mit welchen Pilz seine öffentliche Kampagne und die politische Phase des Skandals eingeleitet hatte, sich durch einen Kontrollamtsbericht zu erhärten und erstmals auch politische Konsequenzen nach sich zu ziehen schienen.

In der Pressekonferenz Pilz', welche ihm dann am selben Tag die Einladung zur Live-Konfrontation mit Mayr im Fernsehen bringt, legt er einen Brief zu einem U-Bahn Baulos U6/15 vor, der politische Einflussnahmen Mayrs belegen sollte.³ Tatsächlich wurden die gerichtlichen Voruntersuchungen zu diesem Bauabschnitt schon bald eingestellt, während die Erhebungen zu den angrenzenden Baulosen U6/11-14 schließlich in Anklagen umgewandelt wurden (DER STANDARD, 17. Oktober 1998 „Anklagen im U-Bahnbau). Was taktisch dennoch glücklich an dieser Wahl ist, ist dass Pilz damit Hans Mayr als Diskussionsgegner bekommt, welcher schon allein durch seinen Wechsel von der Spitze der Wiener Politik in

³ DER STANDARD, 15. Oktober 1998 *Baukartell: Politiker im Visier*

Pilz glaubt an "verbotene Interventionen" - Hatzl spricht von "Lüge"

Wien/Klagenfurt - In der Wiener Baukartell-Affäre hat Peter Pilz am Mittwoch in Klagenfurt neuerlich schwere Vorwürfe erhoben. Diesmal nahm der Grün-Gemeinderat den ehemaligen Wiener Vize-Bürgermeister Hans Mayr und Klubobmann Johann Hatzl (beide SP) ins Visier.

Bei der Auftragsvergabe für das U-Bahn-Teilstück U6/15, der eine zweimal wiederholte Ausschreibung vorangegangen war, sei 1991 die Baufirma Porr gegenüber dem Billigstbieter, der italienischen I.S.F. begünstigt worden, so Pilz. Es gebe den "Verdacht einer verbotenen Intervention".

Pilz bezieht sich auf einen Brief der Porr vom 27. Mai 1991 an Vizebürgermeister Mayr (eine Kopie des Schreibens erging auch an Stadtrat Hatzl). Darin zitiert die Porr ein für sie günstiges Rechtsgutachten und bittet den Vizebürgermeister "um Unterstützung" aus "volkswirtschaftlichen und politischen Momenten". Und weiter: "Sollte bei einer Vergabe an uns die Konkurrenz Schadenersatzansprüche anmelden, sind wir bereit, die Stadt Wien in dieser Hinsicht schad- und klaglos zu halten", einschließlich Anwaltskosten.

Politische Verstrickung

Dieses Angebot sei eine "verbotene Intervention", so Pilz. Damit sei es erstmals gelungen, eine direkte "Verstrickung der Politik" mit der Baukartell-Affäre nachzuweisen. Johann Hatzl (SP), damals für U-Bahn und Auftragsvergabe zuständig, sei "nicht mehr zu halten".

Dieser reagiert auf die Anwürfe des Grünen kurz und bündig: "Pilz lügt." Die Grünen seien, so Hatzl, im März 1992 schon im Gemeinderat gewesen und müßten daher wissen, daß es damals einen Kontrollamtsbericht gegeben habe, der das Ausschreibungsverfahren als korrekt einstuft.

Auch Für den Ex-Vizebürgermeister und nunmehrigen Porr-Aufsichtsratspräsidenten Mayer sind die Vorwürfe "ein alter Hut". "Verbotene Intervention? Im Gegenteil: Hätte Porr-Generaldirektor Pöchlhammer nicht für den Auftrag gekämpft, wäre das ein Entlassungsgrund gewesen."

den Aufsichtsrat einer von Gemeindeaufträgen abhängigen Firma eine schiefe Optik erzeugt. Die TV-Konfrontation stellt auch insofern einen Höhepunkt in der öffentlichen Debatte dar, als der Wiener Bauskandal in der Fernsehberichterstattung dieser Woche zum am stärksten vertretenen Thema aufrückt und Pilz damit mit Abstand die längste Fernsehpräsenz von allen Politikern erzielt.⁴

⁴ DER STANDARD, 19. Oktober 1998 *Grüne Woche im ORF*

Die ORF-Nachrichten der vergangenen Woche standen ganz im Zeichen des Bauskandals. Mit 2357 Sekunden nahm das Thema rund 25 Prozent der "ZiB"-Berichterstattungen ein und ist somit beliebtestes Thema der Mediawatch Untersuchungswoche. Seine politischen Anklagen im Wiener Bauskandal rückten auch den Grünen Klubobmann Peter Pilz verstärkt ins Bild. Mit gut zehn Minuten direkter Redezeit im ORF ließ er alle anderen Politiker weit hinter sich.